



Presseschau vom 26.06.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo und Losowoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dan-news.info: „In Gorlowka und seinen Ortseilen, im Schachtjorskij-Bezirk, in Shdanowka, Osino-Olchowka, Tores und im Nowoasowskij-Bezirk im Süden der DVR sind aufgrund schlechter Wetterbedingungen – Stürme und Böen – 13.658 Verbraucher aus 49 Ortschaften ohne Strom“, teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit. Die Schäden an den Stromleitungen entstanden heute Morgen und in der letzten Nacht. Derzeit wurde die Stromversorgung von Schachtjorsk und Umgebung von Spezialisten bereits wieder in Betrieb genommen, die übrigen Ortschaften werden in der nächsten Zeit wieder angeschlossen.

de.sputniknews.com: Arktis: Pentagon plant Spiel „auf neuem Level“.

Die USA sollen in der Arktis aktiver handeln. Diese Meinung äußerte der US-Verteidigungsminister James Mattis, den die Agentur Reuters zitiert.

„Amerika muss sein Spiel in der Arktis bestimmt auf ein neues Level heben. Diesbezüglich gibt es keine Zweifel“, sagte Mattis.

Ein Teil dieser neuen Politik könne die erhöhte Präsenz der US-Küstenwache in der Region sein. Die Arktis werde sich „nicht nur für den Verkehr sondern auch für die Exploration von Energiequellen öffnen“.

Russland hatte vor einigen Jahren mit einer aktiven Erschließung seiner nördlichen Gebiete begonnen, wobei es unter anderem um die Förderung von Kohlenwasserstoffen auf dem arktischen Festlandsockel und um den Ausbau des im Vergleich zu traditionellen Routen zwischen Europa und Asien immer attraktiver werdenden Nördlichen Seeweges geht. Zum Schutz seiner Interessen in der Arktis hatte Moskau einen ganzen Maßnahmenkomplex konzipiert. Dazu gehören auch gewisse militärische Schritte, da einige Nato-Länder in letzter Zeit erhöhtes Interesse für die Region bekunden. Russlands Präsident, Wladimir Putin, hatte mehrmals erklärt, Moskau werde Aktivitäten US-amerikanischer Militärs in der Arktis nicht unbeantwortet lassen.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 25. Juni 3:00 Uhr bis 26. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.)s

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Sajzewo), Dokutschajewsk, Petrowskoje, Styla.**

In Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte am 24.06.2018 auf Kominternowo wurden Häuser in der Achamatowa-, der Pobeda- und der Kirow-Straße beschädigt. Derzeit hat die Ortschaft keinen Strom

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenenfeuerten Geschosse betrug 159.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 203.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR zur Lage am 26. Juni 2018:

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage in der Nähe der Kontaktlinie nicht wesentlich geändert und ist weiterhin durch unsere Truppen kontrollierbar.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade unter Führung des Kriegsverbrechers Klotschkow **Dokutschajewsk, Petrowskoje und Styla** beschossen. Die Terroristen haben 15 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert und außerdem das Feuer mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen eröffnet.

In Folge des Beschusses wurde das Gebäude des Mittelschulinternats Nr. 27 in Dokutschajewsk beschädigt.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Besatzer **Sajzewo** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** beschossen. Die Kämpfer der 24. mechanisierten Brigade haben mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen“, auf Wohngebiete geschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **sieben Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Unsere Aufklärung hat Informationen von Quellen im SBU erhalten, dass **in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte der Waffenhandel blüht**. Dabei bringen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes aktiv Strafverfahren in Gang, von denen nicht nur Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, sondern auch Freiwillige betroffen sind. Hier aus den letzten Fällen: In der 24. mechanisierten Brigade erfolgt eine Überprüfung zu einem Fall des Diebstahls von Waffen (16 Pistolen, 4 Panzerkalaschnikows, 4 Dragunow-Scharfschützengewehre, 6 Maschinengewehre, 8 Granatwerfer und sogar eine mobile bodengestützte Aufklärungsstation PSNR-5) durch einen Kommandeur einer Aufklärungskompanie und deren Übergabe an Freiwillige, um sie dann an Vertreter krimineller Kreise zu verkaufen. Es ist wichtig anzumerken, dass in den Listen der vom SBU Verdächtigten in der Regel die im Medienraum bekanntesten ukrainischen Freiwilligen genannt werden, die zuerst für sich PR in den Massenmedien betreiben und dann ihre Popularität nutzen, um das Vertrauen der Soldaten zu erlangen und sie zu betrügen.

So ist die Reklame mit Fakes über die Einnahme neuer Positionen ein Schirm, um die Aufmerksamkeit von ukrainischen Kämpfern anzuziehen, mit denen anschließend Waffenhandel organisiert wird. Wie kann man einem Freiwilligen nicht trauen, der PR für deine Einheit betreibt?

Nach Informationen von örtlichen Einwohnern von Swetlodarsk haben am 24. Juni gegen 21 Uhr **ukrainische Nazisten**, die in betrunkenem Zustand ein dienstliches UAS-Fahrzeug lenkten, in Swetlodarsk einen Verkehrsunfall verursacht, in dessen Folge **zwei zivile Einwohner**, eine 22 Jahre alte junge Frau und 23 Jahre alter junger Mann, **angefahren** wurden. Beide Opfer des Unfalls befinden sich ernstem Zustand, besonders die junge Frau. Nach dem schweren Unfall versuchten die Kämpfer zu fliehen, wurden aber von Augenzeugen des Vorfalles verfolgt. Die Tatsache des Vorfalles selbst versuchen die ukrainischen Terroristen auch zu verheimlichen, sowohl gegenüber dem übergeordneten Kommando als auch gegenüber der Öffentlichkeit. Dabei teilen Einwohner von Swetlodarsk mit, dass die Schuldigen an dem Unfall derzeit versuchen, die Verwandten der Opfer des Unfalls einzuschüchtern. Davor sind Drohungen an das medizinische Personal in Swetlodarsk gegangen, das alle Anstrengungen unternommen hat, um das Leben der Verletzten zu retten. Faktisch haben die ukrainischen Kämpfer mit allen Kräften versucht, die Überlebenden des schrecklichen Verkehrsunfalls zu beseitigen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass gerade aufgrund dieser Drohungen die Betroffenen in eine medizinische Einrichtung einer anderen Stadt evakuiert wurden. Wir werden nicht angeben, in welche.

Diese Situation hat eine Welle von Unmut gegenüber den Kiewer Besatzern erzeugt, die örtlichen Einwohnern versprechen, sich an den ukrainischen Kämpfern zu rächen.

Wir haben Informationen aus dem Stab der Besatzungskräfte erhalten, dass **im Gebiet von Gorlowka** im Verantwortungsbereich der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **eine Aufklärungsgruppe** aus dem 3. Spezialregiment der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen ist. Die vierköpfige Gruppe wurde auf einer Erholungsbasis im Gebiet von Iskra ausgebildet. Derzeit sammeln die Kämpfer der Gruppe Informationen über Einheiten an der Kontaktlinie.

Wir schließen nicht aus, dass dies die zweite ausgebildete Gruppe ist, die die Stelle derer einnimmt, die wir im Mai bei Gorlowka erledigt haben.

Unsere Aufklärung bemerkt eine Zunahme der Beschwerden von Kämpfern der 36. Marineinfanteriebrigade, dass sie nicht in der Lage sind, alle Aufgaben zu erledigen, die ihnen das Kommando stellt. Die Probleme hängen mit dem Personaldefizit zusammen. In einzelnen Kompanien gibt es nur 30-40 Personen. Diese Situation hängt mit der Weigerung der Kämpfer zusammen, in der Marineinfanteriebrigade Dienst zu tun. In diesem Zusammenhang hat das Kommando der Marineinfanterie der Seestreitkräfte der Ukraine Anweisungen ausgegeben, zusätzliche Gespräche mit dem Personal der 36. Brigade zu führen sowie Bedingungen zur Verbesserung des moralisch-psychischen Zustands des Personals zu schaffen, um zu

verhindern, dass sie aus den Streitkräften ausscheiden.

Aber die Korruption in der Kaderabteilung der 36. Brigade verschärft die Situation zusätzlich. Jedes Amt kostet einen Soldaten den Sold eines halben Jahres.

Dieses Problem kam nach zwei erfolglosen Versuchen der Kämpfer der Brigade, in Verletzung der Minsker Vereinbarungen ihre Positionen in Richtung Mariupol zu verbessern, auf. Die Analyse der großen Verluste der Kämpfe sowie die ohne Sachkenntnis gewählte Taktik zeugen vom Fehlen einer ausreichenden Zahl Professioneller in den Reihen der Marineinfanteristen, die in letzter Zeit nicht mit Qualität sondern mit Quantität kämpfen. Aber weil es die Quantität von Problemen ist, treten alle Misserfolge offen zu Tage.

Heute ist der internationale Tag zur Unterstützung der Folteropfer. Allen ist bekannt, dass die ukrainischen Terroristen seit 2014 Folter gegenüber Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen anwenden. Über diese Fälle haben mehrfach Menschen berichtet, die aus ukrainischer Gefangenschaft zurückgekehrt sind. Alle diese Fälle sind dokumentarisch von Ermittlungsorganen, gesellschaftlichen Aktivisten und Rechtsschutzorganisationen festgehalten worden. Gegen eine Reihe von Funktionsträgern der ukrainischen Einheiten sind Strafverfahren aufgenommen worden und die Einheiten selbst wurden verboten.

Es muss angemerkt werden, dass das ukrainische Kommando sogar auf seine Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung stolz ist, nicht zu reden von Folter gegenüber gefangenen Soldaten. In den Truppenteilen und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ist auf Befehl von Najew eine sogenannte wöchentliche Information eingeführt worden, die auf die Unterdrückung des Gewissens und die Senkung der Selbstkritik bei der Erfüllung verbrecherischer Befehle des Kommandos ausgerichtet ist, sowie auf die Überzeugung des Personals, dass ihre Handlungen straflos bleiben werden.

Aber alle Verbrechen der ukrainischen Terroristen werden nicht nur von den Ermittlungsorganen festgehalten, sondern auch von Vertretern internationaler Organisationen, unter anderem der UNO. Die Angelegenheiten gegen ukrainische Kommandeure wurden bereits an solche Strukturen wie den Internationalen Strafgerichtshof und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte übergeben und werden dort behandelt. Wir sammeln weiter Beweise der Schuld der Besatzer an Kriegsverbrechen, für die jeder von ihnen die verdiente Strafe erhalten wird.

Leider ist der heutige Tag für die ukrainischen Nazisten bisher ein Anlass zum Hohn, weil sie sich dank ihrer westlichen Kuratoren straflos fühlen. Aber es wird die Zeit kommen, in der weder die Kuratoren noch andere Kräfte ihnen helfen werden, der verdienten Vergeltung zu entkommen.

de.sputniknews.com: Nach Radikalen-Angriff: Zentralrat fordert von Ukraine mehr Schutz für Sinti und Roma.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat ukrainische Rechtsextreme für den jüngsten Anschlag auf ein Zigeunerzeltlager in Lemberg verantwortlich gemacht und die Ukraine zu einem besseren Schutz dieser Minderheit aufgerufen. Darüber berichtet die „Zeit“ am Dienstag.

Der Angriff am Samstag, im Zuge dessen ein junger Mann getötet wurde, sei das „fünfte Pogrom von rechtsextremen Gruppen gegen Roma“ während der zwei vergangenen Monate. Die Überfälle seien teilweise gefilmt und ins Netz gestellt worden.

„Es scheint, als ob Morde und Gewalttaten gegen Roma in der Ukraine und in Europa zur Normalität werden sollen“, zitiert die „Zeit“ den Zentralratsvorsitzenden Romani Rose. Er appellierte außerdem an die internationale Staatengemeinschaft, Antiziganismus genauso eindeutig zu verurteilen wie Antisemitismus.

Ukrainische Jugendliche waren am Samstag mit Schlagstöcken und Messern bewaffnet auf ein Roma-Camp am Stadtrand von Lwow losgegangen. Ein 24-jähriger Roma-Mann erlag dabei seinen schweren Stichwunden, vier weitere wurden verletzt. Die Polizei nahm sieben

Jugendliche im Alter zwischen 16 und 17 Jahren sowie den 20-jährigen Drahtzieher des Angriffs fest. Ihnen drohen nun Haftstrafen von bis zu 15 Jahren.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32131/21/321312115.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Gebiete von **Losowoje** und **Kalinowo**.

Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm-Mörser, 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden etwa 100 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Der Beschuss erfolgt von den Positionen der 14. und der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus, deren Kommandeure die Kriegsverbrecher Wojschenko und Tatus sind.

Die ukrainischen Streitkräfte beenden die Aufklärung mit Hilfe von Drohnen an der Kontaktlinie nicht, was durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist. Im Gebiet von Swetlordarskoje, im Verantwortungsbereich der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, wurde der Flug einer Drohne festgestellt, die Aufklärung entlang der Kontaktlinie betrieb. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Kommando der OOS in dieser Richtung die Durchführung verbrecherischen provokativen Beschusses unter Verwendung von Artillerie plant. Diese Beschüsse werden traditionsgemäß im Vorfeld des nächsten Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk, die für den 27. Juni geplant ist, verstärkt werden.

Außer der Luftaufklärung führen die ukrainischen Straftruppen im Gebiet von Marnowskij Maßnahmen zur Einrichtung zusätzlicher Minensperren durch technische Gruppen der 72. Brigade durch.

Im Zusammenhang damit ist eine Zunahme der Zahl der Verluste unter der Zivilbevölkerung möglich. Wir lenken die Aufmerksamkeit der OSZE-Mission auf bei uns eingehende Informationen von örtlichen Einwohnern.

Außerdem muss angemerkt werden, dass die beginnende außerplanmäßige Ablösung der 80. Luftsturmgruppe gegen Einheiten der 59. Panzergrenadierbrigade mit der niedrigen Personalausstattung der 80. Brigade zusammenhängt, die 50-60% beträgt. Die Personalausstattung nahm in Folge von Massendesertionen ab. Die Soldaten fliehen wegen

nicht endender Geldabzüge, die die Kommandeure und Offiziere vornehmen sowie wegen nicht zufriedenstellender Dienstbedingungen.

Wir haben weitere Fälle nicht kampfbedingter Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone festgestellt, die gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht werden, um dann als Folge von Beschuss von unserer Seite ausgegeben zu werden.

Heute versucht die ukrainische Seite im Zusammenhang mit dem internationalen Tag zur Unterstützung von Opfern von Folter in jeder Weise die Verantwortung für ihre Verbrechen seit 2014 von sich abzuwälzen.

Wir haben zahlreiche Zeugnisse von ehemaligen Kriegsgefangenen, die am 27.12.17 freigelassen wurden, die Folter und Gewalt von Seiten ukrainischer Spezialdienste gegenüber ihnen bestätigen. Die Kiewer Strafsoldaten verwenden raffinierte Foltermethoden – von Schlägen, Brüchen von Gelenken und Entfernung von Gliedmaßen bis zur Folter durch Ersticken.

Außer der physischen Gewalt verfügen wir über Beweise dafür, dass die Kiewer Truppen verschiedene Arten der psychischen Einwirkung verwenden, sowie Druck auf Verwandte von Soldaten. Mitarbeiter des SBU schüchtern Verwandte per Telefon ein, fordern von ihnen Lösegelder für einen Verwandten und drohen ihn sonst zu töten.

Solange die Ukraine nicht aufhört die Normen des internationalen Rechts gegenüber Kriegsgefangenen zu verletzen, kann von einer Stabilisierung der Lage im Donbass nicht die Rede sein.

Wir rufen die internationalen Rechtsschutzorganisationen auf, auf die militärisch-politische Führung der Ukraine Einfluss zu nehmen und sie zu zwingen, alle Normen des internationalen Rechts gegenüber dem eigenen Volk einzuhalten....

de.sputniknews.com: Kiew verwehrt russischen Journalisten Einreise zu OSZE-Konferenz über Pressefreiheit.

Die Ukraine hat der Journalistin Paula Slier vom Sender RT und dem Moderator für den Sender „Rossija 24“ Jewgeni Primakow die Einreise verweigert. Die beiden wollten zu einer OSZE-Konferenz über Medienfreiheit anreisen.

Die russische Botschaft in Kiew soll derzeit laut dem russischen Diplomaten Maksim Bujakewitsch eine Protestnote gegen die Verweigerung der Einreise für Jewgeni Primakow vorbereiten. Dieser wurde zuvor informiert, dass sein Besuch eine „Bedrohung“ für die Sicherheit der Ukraine sei. Kiew hatte ihm die Einreise in die Ukraine für fünf Jahre verboten. Die RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan kommentierte via Twitter, dass der RT-Korrespondentin in Israel Paula Slier die Einreise in die ‚europäische‘ Ukraine verwehrt worden sei, „wo sie auf einer OSZE-Konferenz über die Presse- und Medienfreiheit sprechen wollte (...)“

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Harlem Desir erklärte wiederum, er bedauere, dass den zwei Journalisten Jewgeni Primakow und Paula Slier, die für russische Medien arbeiten, die Einreise in die Ukraine verweigert worden sei.

„Ich betone, dass alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf die Freizügigkeit für Journalisten innerhalb der Region setzen sollten“, fügte Desir hinzu.

Zuvor hatte das Außenministerium in Moskau die Mitgliedsländer der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates aufgerufen, die Medienpolitik Kiews zu verurteilen.

Die Verwaltung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte hatte im Dezember auf die beunruhigende Tendenz der Ausweisung ausländischer Journalisten aus der Ukraine aufmerksam gemacht und dazu aufgerufen, Beschränkungsmaßnahmen sorgfältiger zu prüfen.

2015 entzog Kiew für 115 russische Medien die Akkreditierung bei ukrainischen Behörden. Ferner verbot die Ukraine die Ausstrahlung der wichtigsten russischen Sender.

Das russische Außenministerium bezeichnete die Handlungen Kiews als Verletzung der Medienfreiheit und rief die OSZE, die EU und die USA auf, auf die Verbote scharf zu reagieren. Laut dem Ministerium seien die doppelten Standards, die der Westen in dieser Situation verwendet, unzulässig.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetchnik hat heute dem Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko zum Geburtstag gratuliert.

„Meine aufrichtigen Glückwünsche und besten Wünsche zum Geburtstag. Durch ein verantwortungsvolles Herangehen, Weisheit und Prinzipienfestigkeit bei der Lösung von staatlichen Fragen ist es Ihnen gelungen, das Vertrauen und eine breite Unterstützung unter Kollegen und den Einwohnern der DVR zu erlangen“, heißt es in dem Schreiben. „Ihre Regierungshandschrift enthält die Fähigkeit, richtige Lösungen zu finden und die kühnsten Pläne in die Realität umzusetzen“.

Pasetchnik unterstrich die persönlichen Qualitäten des Donezker Kollegen, die es Sachartschenko erlauben, mit Erfolg die vor ihm liegenden komplizierten Aufgaben zu lösen.

„Auf Ihren Schultern liegt eine riesige Verantwortung für die politische Entwicklung und die Verteidigung der Grenzen des Donezker Gebiets. Nur ein Mensch mit einer besonderen Lebenserfahrung, Prinzipienfestigkeit und Ehrenhaftigkeit ist in der Lage in der schweren Zeit der Prüfungen eine solche Last würdig zu tragen.

Wir fügen hinzu, dass das Oberhaupt der DVR heute 42 Jahre alt wird: er wurde am 26. Juni 1976 in Donezk geboren.

de.sputniknews.com: USA senden Russland „mächtiges Signal“ mit Militärmanöver.

Die USA wollen mit dem neuen Militärmanöver der Nato vor der norwegischen Küste Russland ein Signal setzen, wie die norwegische Zeitung NRK berichtet.

„Sie (Russland – Anm. der Red.) sollen dies als ein mächtiges Signal betrachten, dass wir unsere Partnerschaft stärken“, sagte US-Admiral John Richardson der Zeitung. Der Klimawandel sowie die Sicherheitsfragen haben ihm zufolge das Interesse für die nördlichen Regionen gestärkt.

Laut dem norwegischen Verteidigungsminister Frank Bakke-Jensen hat die Lage in Norwegen noch vor fünf-sechs Jahren keine Sorge hervorgerufen, doch nun habe sich alles geändert.

„Nicht nur Russland meldet sich hier an. Es geht auch um eine unsichere Situation. Deshalb richten wir ein neues Kommando für den Nordatlantik ein und üben mehr mit unseren Verbündeten“, sagte der Minister. Dabei betonte er, dass Russland keinen Grund habe, auf das Manöver akut zu reagieren.

„Für Norwegen ist es wichtig, ein nachvollziehbarer Nachbar für Russland zu sein“. Früheren Berichten zufolge will Norwegen das US-Kontingent auf seinem Territorium verdoppeln.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32115/81/321158160.jpg>

Dan-news.info: Mitglieder des gesellschaftlichen Stabes für die frontnahen Gebiete der DVR haben die Ausgabe von kostenlosem Brot über drei Monate hinweg an Einwohner von Spartak und Krutaja Balka nördlich von Donezk organisiert.

„Zuvor hatten Einwohner aus Spartak und Krutaja Balka an den Stab eine Anfrage zur Ausgabe von sozialem Brot gerichtet. Mit Hilfe der staatlichen Korporation „Agrar-Donbass“ wurden drei Tonnen Mehl zur Verfügung gestellt. Jetzt werden die Einwohner der frontnahen Ortschaften bis Oktober 2018 mit Brot versorgt“, teilte der Stab mit.

Das Mehl wurde vom republikanischen Unternehmen „Jelenowker Bäckereikombinat“ zur Verfügung gestellt. Das Backen übernimmt ein Unternehmen in Jasinowataja. Das Brot soll einmal pro Woche geliefert werden, begonnen wurde heute. Es ist die Ausgabe von zwei Laiben pro Person geplant.

In Spartak leben 69 Menschen, in Krutaja Balka 22.

de.sputniknews.com: Sondersitzung in Den Haag: OPCW soll Polizeistruktur werden - russische Delegation

Einige Vertragsparteien würden versuchen, die Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) in eine „staatsanwaltschaftliche, polizeiliche und forensische Struktur“ zu verwandeln, äußerte der russische Vertreter Georgy Kalamanow am Dienstag in Den Haag bei einer Sondersitzung der Vertragsstaaten der OPCW.

„Russland widersetzt sich konsequent dem Einsatz von Chemiewaffen: überall, ungeachtet der Verantwortlichen und der Umstände... Wir haben immer eine objektive und unabhängige Untersuchung des Einsatzes chemischer Waffen unterstützt“, betonte er.

Er fügte hinzu: „Nun unternimmt man absolut unverständliche Versuche, der rein technischen Struktur der OPCW rein attributive Funktionen ohne Entscheidung des UN-Sicherheitsrates und ohne Änderung der Chemiewaffenkonvention zu geben“.

Der russische Delegationschef erinnerte daran, dass Russland den Grundstein für den gemeinsamen Mechanismus der Vereinten Nationen und der OPCW (Joint Investigation Mechanism) gelegt hätte.

Weiter betonte er, dass einige ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates den Resolutionsentwurf von China, Bolivien und Russland blockiert hätten. Das Ziel des Dokuments sei es, das Mandat des gemeinsamen UN-OPCW Mechanismus zu erweitern und seine Arbeit in Einklang mit den Standards der Chemiewaffenkonvention zu bringen.

Russland, Syrien und der Iran haben am Dienstag den britischen Resolutionsentwurf im Rahmen der Sondersitzung der Vertragsstaaten der OPCW abgelehnt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31825/55/318255589.jpg>

wpered.su: Auf einem Fest in Hamburg wurde die Solidarität mit dem Donbass erklärt. Am letzten Wochenende fand in Hamburg im Rahmen eines jährlichen Festes eine Solidaritätsaktion mit dem Donbass statt. Die Organisatoren der Veranstaltung hingen ein Transparent mit der Aufschrift „Rettet die Menschen des Donbass vor der ukrainischen Armee“ auf, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Dieses Fest findet jährlich statt, um unsere internationale Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker der Welt zu zeigen. In diesem Jahr haben wir an der Antifaschistischen Karawane teilgenommen, die unbeschreibliche Bilder und Gefühle in unseren Herzen hinterlassen hat. Während unseres Aufenthalts in den Volksrepubliken des Donbass haben wir Zerstörungen gesehen, die in der Folge der Aggression des Imperialismus entstanden sind. Deshalb bemühen wir uns, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diesen schrecklichen Krieg gegen das Volk des Donbass zu lenken und versuchen zu erreichen, dass er beendet wird“, unterstrichen die Organisatoren der Veranstaltung.

Für die Festteilnehmer wurden Essensstände mit Gerichten verschiedener Kulturen, ein Kinderprogramm und Auftritte von Musikern organisiert.

de.sputniknews.com: Endgültig beschlossen: EU-Rat genehmigt Milliardenhilfe für Ukraine. Der EU-Rat hat eine Makrofinanzhilfe in Höhe von einer Milliarde Euro für die Ukraine gebilligt, teilte die Behörde am Mittwoch mit.

„Heute hat der Europäische Rat eine Milliarde Euro an neuen Darlehen beschlossen. Damit soll der Finanzierungsbedarf der Ukraine gedeckt und die wirtschaftliche Stabilisierung sowie ein Strukturreformprogramm unterstützt werden“, hieß es.

Am 13. Juni hatte das EU-Parlament in einer Plenarsitzung ein Makrofinanzhilfepaket für die Ukraine in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro genehmigt. Diese Kredite sollen der Ukraine helfen, ihren Bedarf an der Außenfinanzierung für 2018 und 2019 zu decken, hieß es im EU-Parlament.

Die Zahlung erfolgt in zwei Etappen und soll für den Zeitraum von zweieinhalb Jahren gelten.

Abends:

de.sputniknews.com: Nato-Übungen: Russland wird seine militärischen Fähigkeiten im Notfall verstärken.

Moskau hat alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um seine Sicherheitsinteressen vor dem Hintergrund des Nato-Luftmanövers zu verteidigen, wie der russische Vize-Außenminister

Alexander Gruschko am Dienstag in Wien sagte.

„Wir haben bereits alle notwendigen Maßnahmen ergriffen. Wenn nötig, werden wir unsere Fähigkeiten in dieser Region verstärken“, so Gruschko.

Die Nato und ihre Partnerstaaten haben am Dienstag ihre Luftwaffenübung „Ramstein Alloy“ in Estland, Lettland und Litauen gestartet.

„Wir sehen diese militärische Aktivität negativ. Solche Übungen verschlechtern den Zustand der regionalen Sicherheit. Dies betrifft in erster Linie das Baltikum, das jahrzehntlang am friedlichsten war“, sagte Gruschko.

de.sputniknews.com: Kiew will weitere halbe Million Ukrainer unter Waffen stellen. Der Chef des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Alexander Turtschinow hat die Entwicklung eines neuen Systems der territorialen Verteidigung angekündigt, mit dem eine zusätzliche halbe Million Menschen unter Waffen stehen könnten. Laut Turtschinow sollen in jedem Gebiet der Ukraine Brigaden der Territorialverteidigung und einzelne Reserveeinheiten der Nationalen Garde und der Grenzschutztruppen gebildet werden, wodurch zusätzliche vieltausendköpfige Reserven geschaffen werden sollen.

„Im Ergebnis müssen wir eine zusätzliche leistungsfähige 500.000-köpfige Armee bekommen, die fähig ist, die Ukraine vor jedem Aggressor zu schützen“, sagte Turtschinow. Dank dem neuen System könne „jeder Bezirk, jede Stadt in eine uneinnehmbare Festung verwandelt“ werden.

Ein entsprechender Gesetzentwurf werde zurzeit vom Verteidigungsministerium und dem Generalstab entwickelt. Nach der Zustimmung des ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates der Ukraine solle er dem ukrainischen Parlament vorgelegt werden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31663/28/316632857.jpg>

de.sputniknews.com: USA entfesseln offene Aggression in Syrien – OPCW-Vertreter Der syrische Vertreter bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) Bassam Sabbagh hat am Dienstag den USA eine offene Aggression auf dem syrischen Territorium vorgeworfen.

„Die USA versuchen, außerhalb des Völkerrechts zu handeln. Sie entfesseln eine offene Aggression gegen Syrien auf dem syrischen Territorium. Auf diese Weise haben sie im April 2017 und dann im April 2018 gehandelt, als sie zusammen mit Frankreich und Großbritannien eine dreiseitige Aggression gegen Syrien entfesselten“, sagte Sabbagh in einer Sondersitzung der Konferenz der Unterzeichnerstaaten der Chemiewaffenkonvention in Den Haag.

Er verwies darauf, diese Aggression mit auf falschen Beschuldigungen begründet worden.

„Die USA wollen nicht anerkennen, dass ihre Pläne in Syrien gescheitert sind. Sie setzen ihre

aggressive Kampagne gegen Syrien fort und üben wirtschaftlichen und politischen Druck aus, um den anderen Ländern ihre Strategie aufzudrängen“, so der syrische OPCW-Vertreter. Sabbagh betonte, Syrien habe seine Verpflichtungen zur Vernichtung der C-Waffen erfüllt. Die Sondersitzung der Konferenz der Unterzeichnerstaaten der Chemiewaffenkonvention findet vom 26. bis 28. Juni in Den Haag statt. In der Sondersitzung kann eine Entscheidung getroffen werden, laut der die OPCW für das Nennen der Schuldigen an Chemiewaffenattacken zuständig sein soll.

Am 14. April hatten die USA, Großbritannien und Frankreich Raketenangriffe auf syrische Regierungsobjekte geflogen, die angeblich für die Herstellung von C-Waffen genutzt werden. Von 2:42 Uhr bis 4:10 Uhr MESZ haben die drei Staaten mehr als 100 Marschflugkörper und Luft-Boden-Raketen gegen Syrien eingesetzt. Die meisten davon wurden von den syrischen Luftabwehrkräften abgeschossen. Die russischen Streitkräfte beteiligten sich nicht daran, überwachten jedoch alle Raketenstarts.